

Protokoll

über die Sitzung des **Rates der Stadt Neustadt a. Rbge.** am Donnerstag, 09.03.2017, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Ratsvorsitzender

Herr Wilhelm Wesemann

Stv. Ratsvorsitzender

Herr Hans-Günther Jabusch

Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck

Stv. Bürgermeisterinnen

Frau Ute Lamla
Frau Christine Nothbaum
Frau Christina Schlicker

Mitglieder

Herr Dr. Ulrich Baulain
Herr Harald Baumann
Frau Ute Bertram-Kühn
Herr Heinrich Bremer
Herr Josef Ehlert
Herr Mustafa Erkan
Herr Dietmar Friedhoff
Herr Karl-Heinz Grote
Frau Ursula Grün-Neumann
Herr Frank Hahn
Herr Günter Hahn
Herr Peter Hake
Herr Dominic Herbst
Herr Stephan Iseke
Herr Dr. Godehard Kass
Herr Johannes-Jürgen Laub
Herr Sebastian Lechner
Herr Björn Niemeyer
Herr Willi Ostermann
Herr Harry Piehl
Herr Heinz-Jürgen Richter
Herr Raimar Riedemann
Frau Magdalena Rozanska
Herr Andreas Schaumann
Frau Lea-Mara Sommer
Frau Anja Sternbeck
Herr Thomas Stolte
Frau Monika Strecker
Frau Heike Stünkel-Rabe

Verwaltungsvorstand

Herr Jörg Homeier

Fachbereichsleiter 3

Frau Annette Plein
Herr Maic Schillack

Fachbereichsleiterin 2
Erster Stadtrat, Fachbereichsleiter 1

Verwaltungsangehörige

Herr Wiegand Ahrbecker

Fachdienst Finanzwesen
(bis 20:30 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Herr Stefan Bark

Fachdienstleiter Bürgermeisterreferat
(bis 20:30 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Frau Bärbel Heidemann
Frau Pamela Klages

Gleichstellungsbeauftragte
Fachdienst Bürgermeisterreferat
(bis 20:30 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Herr Bernd Knigge
Herr Kai Knigge

Fachdienstleiter Bildung (bis 20:05 Uhr, TOP I.16)
Fachdienst Recht, Versicherungen und Feuerwehr (bis
18:20 Uhr, TOP I.9)

Frau Marie Kühn
Herr Peter Neuwald

Fachdienst Zentrale Dienste, Protokoll
Fachdienstleiter Finanzwesen

Frau Ute Neuwald

(bis 20:30 Uhr, Ende öffentlicher Teil)
Rechnungsprüfungsamt
(bis 20:30 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Zuhörer/innen

55 Personen, davon 2 Vertreter/innen
der örtlichen Presse

Sitzungsbeginn: 18:05 Uhr
Sitzungsende: 20:45 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Vorlage Nr.

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 16.02.2017
3. Berichte und Bekanntgaben
- 3.1. Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2017 **2017/003**
- 3.2. Grunderneuerung von Bushaltestellen 2017 im Stadtgebiet Neustadt a. Rbge. **2017/040**
4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
5. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otternhagen **2016/391**
6. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Poggenhagen
Ernennung der Stellvertretenden Ortsbrandmeisterin der Ortsfeuerwehr Poggenhagen **2016/392**
7. Entlassung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nöpke
Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nöpke
Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nöpke **2017/004**
8. Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Dudensen **2017/015**
9. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Suttorf
Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Suttorf **2017/037**
10. Wahl des Integrationsbeirates der Stadt Neustadt am Rübenberge **2016/281/3**
11. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2017 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms **2016/319/3**
12. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 **2016/292/1**
13. Verschönerung des Bahnhofstunnels in Neustadt a. Rbge. **2016/371**
14. Untersuchung Schulzentrum Süd
hier: Sanierung/Erweiterung/Neubau des Gymnasiums mit Aula und Sporthalle **2017/031/1**
15. Antrag der UWG-Fraktion zum Erstellen eines umsetzungsorientierten Lärmaktionsplanes gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie durch ein qualifiziertes Planungsbüro **2016/378**
16. Antrag der UWG-Fraktion zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Flughafen Hannover-Langenhagen, dem Land Niedersachsen und der Stadt Garbsen, damit Änderungen der Flugrouten nicht umgesetzt werden **2016/387**
17. Anfragen
- 17.1. Jürsebach Helstorf
- 17.2. Modellprojekt "Kooperativer Hort"
- 17.3. Betriebskonzept Hallenbad

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Wesemann eröffnet die Sitzung; er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Ratsmitglieder Thomas Iseke, Jaster, Kümmerling, Lühring, Porscha und Stoy fehlen entschuldigt.

Um die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Feuerwehren nicht zu lange warten zu lassen, beschließt der Rat auf Vorschlag von Herrn Wesemann einstimmig, den Tagesordnungspunkt I.3 (Berichte und Bekanntgaben) erst im Anschluss an den Tagesordnungspunkt I.9 zu beraten.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 16.02.2017

Der Rat fasst bei 3 Enthaltungen einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 16.02.2017 wird genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

5. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otternhagen

2016/391

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Sascha Schneider wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis mit Wirkung vom 07.04.2017 auf die Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Otternhagen ernannt.

**6. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Poggenhagen
Ernennung der Stellvertretenden Ortsbrandmeisterin der Ortsfeuerwehr Poggenhagen**

2016/392

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Jan-Patrique Ellermann wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis mit Wirkung vom 12.04.2017 auf die Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Poggenhagen ernannt.

Frau Anja Kussmann wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf die Dauer von 6 Jahren zur Stellvertretenden Ortsbrandmeisterin der Ortsfeuerwehr Poggenhagen ernannt.

7. Entlassung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nöpke

2017/004

Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nöpke
Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nöpke

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Alexander Ströh wird aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Stellvertretender Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nöpke entlassen.

Herr Alexander Ströh wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf die Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nöpke ernannt.

Herr Sebastian Schiller wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf die Dauer von 6 Jahren zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nöpke ernannt.

8. Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Dudensen 2017/015

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Ulrich Busch wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf die Dauer von 6 Jahren zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Dudensen ernannt.

9. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Suttorf 2017/037
Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Suttorf

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Thimo Grube wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis mit Wirkung vom 12.04.2017 auf die Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Suttorf ernannt.

Herr Heiko Wesemann wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis mit Wirkung vom 12.04.2017 auf die Dauer von 6 Jahren zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Suttorf ernannt.

- - -

Im Anschluss an die Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten I.5 – I.9 überreicht Bürgermeister Sternbeck die entsprechenden Urkunden und spricht seine Glückwünsche aus.

3. Berichte und Bekanntgaben

- a) Bürgermeister Sternbeck gibt in Bezug auf einen Initiativantrag des Ortsrates der Ortschaft Neustadt a. Rbge. bekannt, dass die Verwaltung eine Haushaltsstelle zur Verbuchung von Spenden für die Errichtung eines Mahnmals für ermordete und vertriebene jüdische Neustädterinnen und Neustädter einrichten werde.
- b) Ferner berichtet Herr Sternbeck über die Ergebnisse der 19. Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages am 08. und 09.03.2017 in Hameln. Er teilt mit, dass zwei Resolutionen zu den Themen „Kommunale Investitionen“ und „Integration von Flüchtlingen“ verabschiedet wurden und gibt eine entsprechende Presseerklärung zu Protokoll.

Hinweis der Verwaltung:

Die Presseerklärung des Niedersächsischen Städtetages ist dem Protokoll als **Anlage I** beigelegt. Informationsbroschüren zu den Resolutionen wurden im Rahmen der Ratssitzung an alle Ratsmitglieder verteilt.

3.1. Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2017 **2017/003**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

3.2. Grunderneuerung von Bushaltestellen 2017 im Stadtgebiet Neustadt a. Rbge. **2017/040**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

10. Wahl des Integrationsbeirates der Stadt Neustadt am Rübenberge **2016/281/3**

Bürgermeister Sternbeck gibt bekannt, dass die konstituierende Sitzung des Integrationsbeirates voraussichtlich am 23.03.2017 stattfinden werde. Einladungen würden kurzfristig versandt, wenn der Rat in seiner heutigen Sitzung wie vorgesehen beschließt.

Sodann benennen die Fraktionen folgende Ratsmitglieder für die Mitarbeit im Integrationsbeirat:

Fraktion	Mitglied
CDU	Monika Strecker
SPD	Ferdinand Lühring
B'90/Die Grünen/Die Linke	Stephan Iseke
UWG	Willi Ostermann
AfD	Dietmar Friedhoff
FDP	Ute Bertram-Kühn

Hinweis der Verwaltung:

Stellvertretende Mitglieder sind laut Satzung für den Integrationsbeirat der Stadt Neustadt a. Rbge. nicht zu benennen.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 5 der Satzung des Integrationsbeirates der Stadt Neustadt a. Rbge. legitimiert der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. die Zusammensetzung des Integrationsbeirates und beauftragt den Bürgermeister folgende Personen für den Integrationsbeirat zu bestellen:

Ali, Naser Al-Din	Herkunftsland Syrien
Amor, Adel	Herkunftsland Tunesien
Atay, Mustafa	Herkunftsland Türkei
Barth, Natalia	Herkunftsland Kirgisien
Bayrak, Harun	Herkunftsland Türkei
Broccoli, Dr. med. Guisepe	Herkunftsland Italien
Damlakhi, Ahmad	Herkunftsland Syrien
Demir, Behzat	Herkunftsland Türkei
Jakobeit, Volker	Herkunftsland Schlesien
Köse, Fatih	Herkunftsland Türkei
Köse, Murad	Herkunftsland Türkei
Kruse, Bahar	Herkunftsland Türkei
Naffouti-Atay, Nadia	Herkunftsland Tunesien
Ötles, Reside	Herkunftsland Türkei
Tchokokam-Thieße, Judith	Herkunftsland Kamerun

Des Weiteren lädt der Bürgermeister zeitnah zur konstituierenden Sitzung des Integrationsbeirates ein. Die Fraktionen benennen jeweils ein Mitglied aus ihren Reihen für den Integrationsbeirat.

11. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2017 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms

2016/319/3

Herr Schillack stellt die Eckpunkte des Haushaltes 2017 (**Anlage 2** zum Protokoll) vor.

Herr Lechner trägt vor, dass im Rahmen der erfolgreichen Haushaltsberatungen die Ausgaben für die kommenden Jahre um 9 Mio. EUR gesenkt werden konnten und bis zum Jahr 2019 angesichts der bestehenden Rücklagen kein Haushaltssicherungskonzept erforderlich werde. Im Ergebnishaushalt solle langfristig gespart werden, gleichzeitig aber in Schulen, örtliche Feuerwehren und den Rathausneubau investiert werden, so Herr Lechner. Konsolidierungsanstrengungen seien auch im Personalbereich notwendig – hier müsse die Fluktuation genutzt und über Umstrukturierungen nachgedacht werden. In Bezug auf die Sach- und Dienstaufwendungen sei zu prüfen, welche städtischen Gebäude tatsächlich noch benötigt werden. Eine Prioritätenliste für kleinere investive Maßnahmen in den Ortsteilen habe sich in der Vergangenheit bewährt und sei nun noch differenziert worden. Herr Lechner stellt klar, dass Kindertagesstätten und Schulen nicht von den Einsparungen betroffen sein sollen, die Struktur der Kitagebühren jedoch betrachtet werden müsse. Gemeinsam mit der Verwaltung sei die Einsparvorgabe nun mit Leben zu füllen, wobei die Ratsmehrheit auf konstruktive Konsolidierungsvorschläge aller Fraktionen hoffe. Die sehr konservativ geplante Einnahmeseite des Haushaltes sei durch die Entwicklung von Gewerbegebieten und Bauland sowie eine aktive Wirtschaftsförderung strategisch weiterzuentwickeln.

Frau Bertram-Kühn zeigt sich erfreut über die angelaufenen Planungen für die Sanierung bzw. einen Neubau des Gymnasiums und die für das Jahr 2018 aufgenommene Verpflichtungsermächtigung zum Neubau einer Turnhalle. Sie betont die Wichtigkeit dieser Maßnahmen und bringt in diesem Zusammenhang den als **Anlage 3** zum Protokoll vorliegenden Erweiterungsantrag der FDP-Fraktion ein. In Bezug auf die budgetierten Schulen empfiehlt Frau Bertram-Kühn eine zentrale Verwaltung der Schulgebäude. Unter Verweis auf verschiedene abgelehnte Investitionen für den Bereich der Grundschule in Helstorf appelliert sie an die Verwaltung, nicht schon vorab eine Entscheidung zugunsten des Standortes Mandelsloh zu treffen. Anschließend erklärt Frau Bertram-Kühn, dass die FDP-Fraktion den Sparansätzen für die folgenden Haushaltsjahre kritisch gegenüberstehe und eine sachliche Diskussion über die konkrete Umsetzung der Einsparungen zwischen Rat und Verwaltung erwarte. Das Defizit im Ergebnishaushalt 2017 sehe man vor allem durch Gewerbesteuererinnahmen abgedeckt. Insgesamt stimme die FDP-Fraktion dem Haushalt 2017 zu.

Herr Hake sieht in den geplanten Einsparungen eine Mogelpackung; es werde lediglich eine Scheinrechnung vorgelegt. Ein Desaster sei vorprogrammiert, da wichtige Maßnahmen im Bereich des Gebäudemanagements – vor allem Investitionen in Turnhallen und Feuerwehrgerätehäuser – verschoben werden müssten. Die UWG-Fraktion lehne den Haushalt für das Jahr 2017, der die diktatorische Handschrift der Fraktionen CDU und SPD trage, auch angesichts des vorausgesagten Gesamtdefizits ab. Die UWG-Fraktion werde immer wieder auf Fehlentscheidungen aufmerksam machen, so Herr Hake.

Hinweis der Verwaltung:

*Die Haushaltsreden der übrigen Fraktionen sind dem Protokoll als **Anlagen 4-6** beige-fügt.*

Bürgermeister Sternbeck führt aus, dass der Haushalt 2017 eine ähnliche Handschrift wie

der des Vorjahres trage, hinsichtlich der Kommunikation zwischen der Ratsmehrheit und der Verwaltung bei der Haushaltsaufstellung aber eine positive Veränderung stattgefunden habe. Er stimme dem Haushalt für das Jahr 2017 deshalb zu. In Bezug auf die Genauigkeit der Planungen weist Herr Sternbeck auf externe Abhängigkeiten im Hinblick auf die Finanzausstattung, die Aufgabenentwicklung sowie die Gesetzgebung und damit verbundene Abweichungen hin. Das geplante Investitionsvolumen von rund 11 Mio. EUR bedeute Investitionen in Höhe von ca. 240 EUR pro Einwohner und liege damit noch immer unter dem niedersächsischen Durchschnitt, so Herr Sternbeck. Den Vorwurf, dass die Verwaltung im Bereich der Unterhaltung des Gymnasiums nicht immer das Mögliche getan habe, weist er zurück. Die Verwaltung werde in Kürze mit einem anforderungsge-rechten Entwicklungskonzept auf den Rat zukommen.

Herr Ostermann bemängelt, dass jegliche Sachanträge der UWG-Fraktion in der Vergangenheit von der Ratsmehrheit abgelehnt wurden und die Fraktion sich diesbezüglich deshalb nicht weiter vergeblich bemüht habe. Auch er weist noch einmal auf einen Sanierungsstau in den Bereichen Feuerwehren, Schulen und Sporthallen in Höhe von etwa 27 Mio. EUR hin. Herr Ostermann bittet den Ratsvorsitzenden abschließend, zu überprüfen, ob das Ratsmitglied Erkan Teile der laufenden Ratssitzung mitgeschnitten habe und in diesem Fall ein Löschen der Dateien zu veranlassen.

Der Erweiterungsantrag der FDP-Fraktion wird daraufhin bei einer Ja-Stimme, 6 Enthaltungen und 28 Gegenstimmen abgelehnt.

Sodann fasst der Rat mit 22 Ja-Stimmen bei 13 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt

1. die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2017 (einschließlich Stellenplan) und
2. gemäß § 58 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) das der Finanzplanung zugrunde liegende Investitionsprogramm.

Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

- - -

Hinweis der Verwaltung:

*Eine Ausfertigung der Satzung ist dem Protokoll als **Anlage 7** beigefügt.*

12. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 2016/292/1

Die Beschlussfassung ergeht im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017.

13. Verschönerung des Bahnhofstunnels in Neustadt a. Rbge. 2016/371

Herr Ostermann merkt an, dass hinsichtlich der ursprünglich geplanten Organisation und der Finanzierung des Projektes eine Verlagerung stattgefunden habe. Den vorliegenden Beschlussvorschlag werde die UWG-Fraktion deshalb ablehnen.

Frau Bertram-Kühn empfiehlt, zunächst die vollständige Sanierung des Bahnhofbereiches abzuwarten und erst dann über eine Verschönerung nachzudenken. Sie werde sich bei der Beschlussfassung der Stimme enthalten.

Herr Baumann wirbt im Namen der SPD-Fraktion noch einmal für das Projekt in der aktuell vorgesehenen Form und für eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im weiteren Verfahren.

Herr Herbst erinnert an die Zusage des Bürgermeisters, die zuständigen Gremien noch einmal zu informieren, falls die geplante Spendensammlung keinen Erfolg bringen sollte.

Daraufhin fasst der Rat mit 26 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Projektteam mit Gabriela Ulrich-Pfeifenbring, Anna Niffka-Konarski und Marek Konarski wird beauftragt, den Bahnhofstunnel in Neustadt a. Rbge. auf der Ost- und Westseite auf der Grundlage der Projektbeschreibung vom 18.10.2016 künstlerisch zu gestalten.

Der Bürgermeister wird beauftragt, Sponsoren für das Projekt zu gewinnen.

14. Untersuchung Schulzentrum Süd

2017/031/1

hier: Sanierung/Erweiterung/Neubau des Gymnasiums mit Aula und Sporthalle

Herr Laub berichtet über die Ergebnisse der Vorberatungen im Schul- und Verwaltungsausschuss. Er betont die Notwendigkeit, möglichst zeitnah optimale Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler am Schulzentrum Süd zu schaffen. Vor diesem Hintergrund unterstütze die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Einzelheiten – beispielsweise in Bezug auf die Doppelnutzung von Räumlichkeiten durch die Leine-Schule und das Gymnasium – müssten jedoch noch mit den Schulen abgestimmt werden.

Bürgermeister Sternbeck erklärt zu einer Äußerung von Herrn Ostermann, dass die Verwaltung sehr darum bemüht sei, den Sportunterricht am Gymnasium durch einen Neubau schnellstmöglich wieder vor Ort zu ermöglichen. Die Verwendung nicht genutzter Planungsmittel aus vorhergehenden Haushaltsjahren für andere Maßnahmen könne der Verwaltung nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Unter Berücksichtigung einer Änderung aus dem Verwaltungsausschuss zur Ausgestaltung der neu zu bauenden Sporthalle fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein auf die Zukunft und die aktuellen Anforderungen gerichtetes Raumkonzept für das Gymnasium zu erarbeiten und dabei der Inklusion, Ganztagschule und G9 Genüge zu tun.
2. Damit einhergehend ist der Bereich aus dem Baujahr 1966 sowie der Gebäudetrakt aus den Baujahren 1994/1995 auf eine wirtschaftliche Sanierungsmöglichkeit hin zu überprüfen.
3. Die Aula ist so zu planen, dass sie den heutigen pädagogischen Anforderungen sowie den Interessen weiterer Nutzer (z. B. TKK Theater- und Konzertkreis) gerecht werden kann.
4. Ebenfalls ist eine neue bedarfsgerechte Sporthalle zu planen.
5. Gebäudeteile der Leine-Schule sind im gleichen Zuge auf eine Sanierungsnotwendigkeit und pädagogisch sinnvolle Doppelnutzung mit dem Gymnasium hin zu überprüfen.
6. Dem Schlüsselprojekt vorgeschaltet wird eine qualifizierte Projektentwicklung (Phase Null). Sie steht für den inhaltlichen Vorlauf, der benötigt wird, um eine Schule präzise entlang der Bedarfe der Nutzer/innen planen zu können und gleichzeitig eine optimale Abstimmung mit städtebaulichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu erreichen.
7. Der Erweiterungsbau aus dem Jahr 2010 ist auf eine wirtschaftliche Sanierungsmög-

lichkeit hinsichtlich Brandschutz, Verdunkelbarkeit und Akustik zu überprüfen.

15. **Antrag der UWG-Fraktion zum Erstellen eines umsetzungsorientierten Lärmaktionsplanes gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie durch ein qualifiziertes Planungsbüro** 2016/378

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Lärmkartierung Stufe 3 des Landes Niedersachsens aufzubereiten und dem Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vorzulegen. In diesem Rahmen ist über den Antrag der UWG-Fraktion vom 14.10.2016 neu zu entscheiden und dem Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. ein Beschlussvorschlag über die Notwendigkeit und Planungserfordernis zur Erstellung eines Lärmaktionsplans gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie und dem § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vorzulegen.

16. **Antrag der UWG-Fraktion zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Flughafen Hannover-Langenhagen, dem Land Niedersachsen und der Stadt Garbsen, damit Änderungen der Flugrouten nicht umgesetzt werden** 2016/387

Bürgermeister Sternbeck teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung eine regelmäßige Berichterstattung durch Herrn Piehl als Vertreter der Stadt Neustadt a. Rbge. in der Fluglärmschutzkommission empfohlen habe.

Herr Ostermann erklärt, dass die UWG-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalte. Es sei wichtig, dass der Bürgermeister selbst in die Verhandlungen eintrete. In Bezug auf eine Routenänderung zum Abflugverfahren Richtung Osnabrück stellt Herr Ostermann die als **Anlage 8** zum Protokoll vorliegende Anfrage an die Verwaltung.

In Bezug auf diese Anfrage stellt Herr Piehl klar, dass einer Verlegung der bisherigen Routen nicht zugestimmt wurde. Nur in Ausnahmefällen könne über das Steinhuder Meer ausgewichen werden. Zur Beschlussvorlage berichtet Herr Piehl, dass der Antrag des Rates der Stadt Garbsen in der Fluglärmschutzkommission behandelt wurde. Nun würden zunächst die durch eine mögliche Änderung der Flugrouten entstehenden Belastungen für die einzelnen Ortschaften berechnet und geprüft, ob die Routen überhaupt wie beantragt geflogen werden könnten. Das Protokoll über die 182. Kommissionssitzung werde Rat und Verwaltung sobald wie möglich zur Verfügung gestellt.

Unter Berücksichtigung der Empfehlung des Verwaltungsausschusses fasst der Rat sodann mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Neustadt a. Rbge. in der Fluglärmschutzkommission Flughafen Hannover-Langenhagen wird beauftragt, die Ergebnisse aus der Fluglärmschutzkommission Flughafen Hannover-Langenhagen regelmäßig dem Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. zu berichten, damit für den Fall einer zu erwartenden Flugrouten-Änderung rechtzeitig Verhandlungen aufgenommen werden können.

Ferner soll dem Verwaltungsausschuss der Stadt Neustadt a. Rbge. durch den Vertreter der Stadt Neustadt a. Rbge. in der Fluglärmschutzkommission Flughafen Hannover-Langenhagen über die Ergebnisse der Kommissionssitzungen Bericht erstattet werden, sobald die Stadt Neustadt a. Rbge. von Ergebnissen der Kommissionssitzungen betroffen ist. Dies soll jeweils in der Sitzung des Verwaltungsausschusses erfolgen, die direkt auf eine Sitzung der Fluglärmschutzkommission folgt.

17. Anfragen

17.1. Jürsebach Helstorf

Frau Bertram-Kühn weist darauf hin, dass der Lauf des Jürsebaches in Helstorf im Bereich der letzten Brücke in Richtung Leine durch das Einbringen großer Kieselsteine verändert wurde, obwohl Maßnahmen dieser Art im Naturschutzgebiet nicht erlaubt seien. Sie fragt an, ob die Verwaltung über das Vorgehen informiert ist und welche Gründe es hierfür gibt.

Im Bereich des Altwassers seien außerdem Baumschnittarbeiten durchgeführt worden, das Totholz habe niemand entfernt. Auch hier handele es sich um ein Landschaftsschutzgebiet. Frau Bertram-Kühn möchte wissen, wer für den Baumschnitt verantwortlich ist und ob die Maßnahme korrekt ausgeführt wurde.

17.2. Modellprojekt "Kooperativer Hort"

Herr Ostermann fragt an, ob die vom Modellprojekt „Kooperativer Hort“ betroffenen Schulvorstände schon getagt und ein Votum bezüglich der Teilnahme am Projekt gefasst haben.

Herr Schillack weist darauf hin, dass die Schulvorstände nicht öffentlich tagen. Die gesamte Steuerungsgruppe einschließlich der beteiligten Kindertagesstätten befinde sich aber hinsichtlich der einzelnen Arbeitsschritte in einem permanenten Austausch.

17.3. Betriebskonzept Hallenbad

Auf Antrag von Herrn Lechner wird die Einwohnerfragestunde (Tagesordnungspunkt I.4) erneut eröffnet, um zwei Bürger ein Anliegen zum Hallenbadneubau vorbringen zu lassen.

- - -

Zwei Vertreter der aktiven Frühschwimmer des Hallenbades Neustadt bitten die Verantwortlichen anschließend darum, das bisherige Angebot für Frühschwimmer im neuen Hallenbad aufrechtzuerhalten.

Bürgermeister Sternbeck weist darauf hin, dass das Betriebskonzept für das neue Schwimmbad noch zu erarbeiten sei. Der Rat werde zu gegebener Zeit hierüber informiert. Zunächst soll die Angelegenheit im Kultur- und Sportausschuss besprochen werden.

- - -

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Ratsvorsitzender Wesemann den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:30 Uhr.

Ratsvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 21.03.2017